

29. April 2017

Traum oder Trauma? Deutschland und Russland als geopolitische Partner

von Wolfgang Klages

Beinahe lautlos ging **in einem allseitig gegen Russland ertönendem Klangteppich eine Frühlingsmelodie aus Paris** unter. Am 24. April 2017 unterzeichneten dort fünf europäische Konzerne mit dem russischen Staatsunternehmen Gazprom eine Finanzierungsvereinbarung über den Bau einer weiteren Unterwasserpipeline durch die Ostsee: **Nord Stream II**. Das Vorbild – Nord Stream I – ist seit 2011 in Betrieb und kann durch zwei Röhren bis zu 55 Mrd. m³ Gas aus dem russischen Wyborg nach Lubmin im Nordosten Vorpommerns transportieren. Parallel dazu soll mit derselben Durchleitungskapazität die ebenfalls zweisträngige Nord Stream II von der Lugabucht in den Greifswalder Bodden verlaufen.

Damit wird eine Verbindung zwischen Russland und Deutschland geschaffen, die **unter allen russischen Gaspipelines nach Europa und Asien das höchste Transportvolumen** aufweist: 110 Mrd. m³. Auf direktem Weg. Für Einspeisung und Anlandung der rund 1200 Kilometer langen Röhrenstrecke auf dem Meeresboden muss kein Transitland durchquert werden. Getragen wird Nord Stream II von einer

Projektgesellschaft, deren alleiniger Aktionär der russische Staatskonzern Gazprom ist. Ursprünglich waren daran die fünf Unternehmen Wintershall, Uniper, Engi, OMV und Shell zur Hälfte beteiligt. Nach durchsichtigen Einwänden polnischer Wettbewerbshüter gaben sie ihre Anteile 2016 zurück.

Die Übereinkunft von Paris, nach der das Quintett nunmehr die Hälfte der Baukosten für Nord Stream II von insgesamt ca. 9,5 Mrd. EUR zu je 10 Prozent zu schultert, ist **ein geschickter Schachzug Gazproms und seiner Partner, fadenscheinige Widerstände gegen das Projekt zu überwinden.** Osteuropäische Anrainerstaaten sehen sich ausmanövriert, Deutschland gegen Russland energiepolitisch in Stellung zu bringen. Das eigennützige Kalkül, einen Keil in die Energiebeziehung zwischen Berlin und Moskau zu treiben, wird durchkreuzt. Mit Nord Stream I und II verwirklicht Russland einen geopolitischen Coup. Deutschland sichert sich eine verlässliche Energieversorgung für mindestens ein halbes Jahrhundert.

Unter dem Meeresspiegel wird das deutsch-russische Verhältnis wachgeküsst. Einmal mehr in der Anziehungs- und Aggressionsgeschichte der beiden Großmächte. Die Rolle Deutschland als Zielpunkt der beiden pipelines sowie für deren Finanzierung und Betrieb ist zentral. Mit einer Auslastung von 80 Prozent in 2016 transportierte Nord Stream I 43,8 Mrd. m³ sibirisches Gas an die deutsche Ostseeküste. Das entsprach etwas weniger als der Hälfte des gesamten Erdgasverbrauchs in Deutschland in jenem Jahr. Da Erdgas für den deutschen Bedarf derzeit auch zu je 30 Prozent aus den Niederlanden und Norwegen bezogen wird, macht der russische Anteil einstweilen ein Drittel an der Herkunft des verbrauchten Erdgases in Deutschland aus. **Hypothetisch könnten Nord Stream I und II bei Vollauslastung die gesamte deutsche Erdgasnachfrage decken.**

Deutschland wird über die Energiebrücke zu Russland von allen Unwägbarkeiten des Gastransits durch Weißrussland, die Ukraine und Polen freigestellt.

Der gesamte deutsche Gasverbrauch beträgt gegenwärtig 80 bis 100 Milliarden m³ pro Jahr und wird in Zukunft kaum darüber liegen. Russland verfügt derzeit über Erdgasreserven, d.h. nachgewiesene und förderfähige Vorkommen in Höhe von knapp 48 000 Milliarden Kubikmetern. Würde Deutschland seinen Erdgasbedarf vollständig aus Russland decken, ergäbe sich eine zeitliche Reichweite der gesicherten Lagerstätten von fast 500 Jahren. **Bleibt es dabei, dass Russland die deutschen Erdgasimporte zu 30 bis 40 Prozent bedient, würde sich die versorgungssichere Zeitspanne auf 1000 bis 1500 Jahre verdoppeln bzw. verdreifachen.** Eine beruhigende Perspektive für den größten Energieverbraucher in Europa. Zumal sich mittelfristig noch mindestens die Hälfte des deutschen Primärenergieverbrauchs auf fossile Energieträger, nämlich Öl (ein Drittel) und Gas (ein Fünftel) stützen wird.

Praktisch rückt Deutschland mit Nord Stream auf absehbare Zeit zum größten Verteiler russischen Gases in Mitteleuropa auf. Von dem nahe Greifswald angelandeten Erdgas können 36,5 Mrd. m³ über die Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung (OPAL) Richtung Süden und 20 Mrd. m³ über die Nordeuropäische Erdgasleitung (NEL) in die Niederlande, nach Belgien und Frankreich verzweigt werden. Nimmt der deutsche Verbrauch erwartungsgemäß nicht wesentlich zu und bleibt der russische Lieferanteil relativ konstant, stünden ab 2019, wenn Nord Stream II in Betrieb gehen soll, bis zu zwei Drittel des durchgeleiteten Erdgases zur Verzweigung aus Deutschland in andere europäische Regionen an. Auch wenn dafür die Infrastruktur noch fehlt, Deutschland

macht sich damit als Kunde und Logistiker für den russischen Lieferanten unentbehrlich.

Sollte der Gastransit durch Osteuropa aufgrund politischer Spannungen tatsächlich einmal zum Erliegen kommen, sitzen sowohl Deutschland wie Russland am längeren Hebel. Eine geostrategische win-win-Situation erster Güte. Eingedenk dessen haben sich die deutschen Beteiligten einvernehmlich mit Russland Einfluss auf die Ostsee-Pipeline und gute Geschäfte gesichert. An der Nord Stream (I) AG halten hinter Gazprom (51 Prozent) die deutschen Unternehmen Wintershall – eine BASF-Tochter – und PEGI/E.ON mit je 15,5 Prozent die größten Anteile. Auf die niederländische Gasunie und die französische ENGIE entfallen jeweils 9 Prozent. Vorsitzender des Gesellschafterausschusses ist Altkanzler Gerhard Schröder. Neben ihm gehören vier weitere Deutsche dem elfköpfigen Gremium an: Christopher Delbrück (Finanzvorstand der Uniper), Hans-Ulrich Engel (Aufsichtsratsvorsitzender BASF), Mario Mehren (Vorstandsvorsitzender Wintershall) und Klaus Schäfer (Vorstandsvorsitzender Uniper). **Zusammen mit vier Gazprom-Managern können Deutsche und Russen im Aktionärsausschuss von Nord Stream also weitgehend unter sich entscheiden.**

Geschäftsführender Vorsitzender der Projektgesellschaft für Nord Stream II ist ebenfalls ein Deutscher, mit schillernder russophiler Vergangenheit: Matthias Warnig, bestens vernetzter ehemaliger Offizier der Staatssicherheit, der bereits Planung und Bau von Nord Stream I zupackend verantwortete. Dem Verwaltungsrat der Projektgesellschaft sitzt wiederum Gerhard Schröder vor. **Uniper und Winterhall kommen für ein Fünftel, gemeinsam mit Gazprom für 70 Prozent der Baukosten von Nord Stream II auf.** Die österreichische OMV, Frankreichs ENGIE und die britisch-

niederländische Royal Dutch Shell tragen 30 Prozent bei. Dass Deutschland und Russland die Fäden beim bedeutendsten Direkttransit fossiler Energie nach Europa in der ersten Hälfte des 21. Jahrhundert in der Hand halten, bedarf keines weiteren Beweises.

Die Motivlage Moskaus für den Seeweg ist dabei so klar wie die Entscheidung für Deutschland als bevorzugter Partner. **Das Problem leidigen Transitstreits mit einer ungebührlichen Ukraine wird Gazprom früher oder später los.** Die Unverfrorenheit ukrainischer Regierungen, Russland außenpolitisch zu düpieren und es gleichzeitig über Durchleitungsboykotte und illegale Entnahmen zu Nachlässen beim Gaspreis bis hin zur Subvention zu nötigen, verfängt schon bald nicht mehr. Von den 110 Mrd. m³ Erdgas, die Gazprom über das ukrainische pipeline-System nach Europa liefern könnte, nutzte der Monopolist in 2015 nur noch eine Kapazität von 47 Mrd. m³. Mit weiter fallender Tendenz. Seitdem sich Russland und die Ukraine über deren EU-Assoziierung und den Sturz des Moskau wohlgesonnen ukrainischen Präsidenten Janukowytsch Anfang 2014 entzweiten, ist es das erklärte Ziel von Gazprom, den abgefallenen Nachbarstaat beim Gastransit komplett zu umgehen.

Mit dem Ausbau von Nord Stream auf vier Röhren und der Inbetriebnahme von Turkish Stream dürften die ukrainischen pipelines in nicht allzu langer Zeit entbehrlich sein. Turkish Stream ist eine zweiröhrige Unterwasserleitung durch das Schwarze Meer von Russland in die Türkei. Nach der russisch-türkischen Wiederannäherung hat ihr Bau in 2017 begonnen und soll zwei Jahre später abgeschlossen sein. Sie kann insgesamt 31,5 Mrd. m³ Gas transportieren. Neben dem türkischen Anteil, der den Gastransit von der Ukraine über die Trans-Balkan-Route zum Bosphorus überflüssig machen wird, bliebe ungefähr die Hälfte des Transportvolumens für Abnehmer in

Südosteuropa übrig. Zudem wird die Türkei für ihren vollständigen Eigenbedarf noch über Blue Stream (19 Mrd. m³) von Russland aus beliefert. Diese pipeline durchquert ebenfalls das Schwarze Meer.

Kurz: Von Süden und Norden her stellt Gazprom über Seewege seine Liefertreue für Süd- und Mittel- und Westeuropa sicher.

Osteuropa schaut künftig buchstäblich in die Röhre. Selbstverschuldet. Gilt Weißrussland für Moskau noch als berechenbar, so hat Polen mit seinem provokanten Auftreten gegenüber Russland seit dem NATO-Beitritt auch jegliches Vertrauen im Kreml verloren. Über eine Erweiterung der Jamal-pipeline (34 Mrd. m³) von Weißrussland über polnisches Gebiet nach Westeuropa dachte Gazprom erst gar nicht nach. Vielmehr könnten Nord und Turkish Stream sogar den Ausfall dieser Transitstrecke teilweise kompensieren.

Als größter Absatzmarkt und Anlandungspunkt für den russischen Gasexport nimmt Deutschland fortan eine Schlüsselposition ein. Sie ist dem Unternehmen Gazprom nicht weniger willkommen als der politischen Führung im Kreml. Deutschland zahlt als solventer Kunde pünktlich seine Rechnungen, verfügt über Energiekonzerne mit der nötigen Kapitalkraft zur Verwirklichung von Nord Stream II und wird für die europäische Weiterleitung in den Netzausbau investieren. **Politisch hat Russland von Deutschland am wenigsten eine Verquickung der Brennstoffbeziehung mit außen- und sicherheitspolitischen Zumutungen à la Kiew und Warschau zu befürchten.** Trotz bündnispolitischer Liebesdienste für die USA und Osteuropa hat bislang jede deutsche Regierung widerstanden, Gas als Boykottwaffe gegen Russland einzusetzen. So wie die Sowjetunion selbst in der Hochzeit des Kalten Krieges und Russland über alle Beziehungsstörungen hinweg ihre Lieferverpflichtungen gegenüber Deutschland nie schuldig geblieben sind.

Ein deutsch-russische Kondominium in Sachen Erdgas und möglicherweise noch auf anderen Feldern ist den osteuropäischen Transitländern natürlich ein Dorn im Auge.

Ihnen wird das Erpressungsmittel entwunden, mit Lieferunterbrechungen und Durchleitungsgebühren den Produzenten Russland und den Endabnehmer Deutschland gefügig zu machen. Am Transit lässt sich nicht nur gut verdienen. Zu gerne wird an der Gebührenschaube für chronisch defizitäre Staatshaushalte gedreht. In letzter Konsequenz könnte eine Lieferblockade das europäische Erdgasgeschäft Russlands auch lahmlegen und Moskau zu militärischen Überreaktionen verleiten, womit Osteuropa die NATO dann endgültig für sich im Feuer hätte. Und bevor es in deutschen Wohnstuben kalt wird, wäre Berlin wohl immer bereit, seine Brieftasche für die Wegelagerer zwischen Oder und Dnjpr zu öffnen.

Hingegen in der Energiepolitik das deutsch-russische Verhältnis vor osteuropäischen Vergiftungen zu bewahren, ist **ein wichtiger Schritt zu geopolitischer Partnerschaft** der beiden stärksten Mächte des Kontinents. Die Einrahmung Osteuropas durch Deutschland und Russland sollte in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ihre Fortsetzung finden. Hier eröffnen sich nachgerade atemraubende Aussichten, würde Deutschland seine Fesseln und Befangenheiten ablegen. **Der Rohstoffgigant und der Technologiechampion könnten wie zwei große Zahnräder für enorme Schwungkraft ineinandergreifen.**

Solange Russland in gleicher Weise auf den Export kohlestoffhaltiger Energiestoffe angewiesen ist wie Deutschland auf den Import, neutralisiert sich die rohstoffseitige Abhängigkeit. Warum sollte Russland Deutschland vor den Kopf stoßen, das ihm als zahlungskräftiger Abnehmer von über 10 Prozent der russischen Öl- und

mehr als 20 Prozent seiner Gasausfuhren unverzichtbare Exporterlöse einbringt? **Wer kann Deutschland unvernünftigerweise raten, sich den Unbilden der Energieversorgung aus arabischen Krisenregionen auszusetzen**, wenn Russland solide ein Drittel der deutschen Öl- und Gasnachfrage bedient? Die Rohstoffbeziehung der beiden Mächte ist mehr als stabil und hat noch Luft nach oben.

Demgegenüber stellt sich der russische Industriemarkt wie ein nicht eingelöster Hauptgewinn für die deutsche Exportwirtschaft dar. Vor den törichten Sanktionen gegen Russland, die Deutschland im EU-Verbund für seine Parteinahme mit der Ukraine ab 2014 verhängte, waren die deutschen Maschinen- und Anlagebauer unangefochten die gefragteste Adresse für russische Importeure. Fast ein Viertel seines Bedarfs bezog Russland von deutschen Herstellern. Für diese war das Geschäft mit russischen Kunden der größte Absatzmarkt in Osteuropa und weltweit die Nr. 4 hinter China, den USA und Frankreich. In 2016 hat das Reich der Mitte mit seinen Maschinen- und Anlageexporten Deutschland den Rang in Russland abgelaufen und aus dem Markt sichtbar zurückgedrängt. Von 2014 bis 2016 sanken die deutschen Maschinenausfuhren dorthin um fast die Hälfte. Russland rutschte auf Platz 10 der Zielländer beim Anlageexport ab. **Einem realpolitisch sinnwidrigen Sanktionsregime opfert die Politik der Bundesregierung einen riesigen Markt für Produkte „Made in Germany“.**

Für eine andere Premiumsparte der deutschen Außenwirtschaft – die Automobilindustrie – sind die entstandenen Schäden und politisch verpatzten Möglichkeiten in Russland seit dem Ukraine Konflikt mindestens genauso groß. **Mit einer Fahrzeugdichte von unter 300 KFZ je 1000 Einwohner ist Russland eindeutig untermotorisiert.** Selbst in Polen, das eine geringfügig höheres

Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung erwirtschaftet als die Russische Föderation, verfügt im Schnitt jeder zweite Bewohner über ein Auto. Deutschland nähert sich einer Marke von 70 Prozent Autobesitz unter seinen Bürgern. Der Nachholbedarf für ein 150 Millionenvolk im größten Flächenstaat der Welt, sich individuell zu motorisieren, ist mithin enorm. **Bevor sich der Mehltau gegenseitiger Sanktionen und einer Ölpreisbaisse auf die russische Wirtschaft legte, sah es auch ganz so aus, als würde Russland zum größten Automarkt in Europa aufsteigen.** Gleich einem Dambruch stieg die Zahl der russischen Neuwagenkäufe zwischen 2010 und 2012 um über eine Million auf knapp drei Millionen PKW an. Der ewige Spitzeneiter Deutschland, der noch knapp darüber lag, stand davor überflügelt zu werden. 4 Millionen verkaufte Neuwagen in Russland ab 2020 waren damals keine unrealistische Prognose. Mit entsprechenden Absatzchancen für die Marken deutscher Hersteller, deren Marktanteil vor 2014 bereits bei über 20 Prozent lag.

Allein, das westlich-russische Tauziehen um die Ukraine hat diese immense Marktdynamik zum Erliegen gebracht. Sowohl in der PKW- wie in der Nutzfahrzeugsparte brachen die Neuverkäufe in Russland binnen drei Jahren (2014 bis 2016) um fast 50 Prozent ein. Der ehemals zum Überholen ansetzende Verfolger fiel auf Platz 5 hinter Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien bei der Zahl neu verkaufter PKW zurück. Bitteres Ergebnis einer gescheiterter Sanktionspolitik zum eigenen Schaden: **Gewaltige, aber engstirnig verstellte und gestörte Chancen eines glänzenden Zusammenwirkens Deutschlands mit Russland.**

Zwar zeigen sich deutsche Unternehmen von der Politik unbeeindruckt, das große Potential Russlands richtig einzuschätzen. Mit einer Ausweitung direkter Investitionen vor Ort suchen sie die Sanktionen zu

unterlaufen und sich eine gute Ausgangsposition zu verschaffen, sobald die Handelsbeschränkungen ein Ende finden. **Deutsche Direktinvestitionen in Russland im Umfang von 2 Mrd. EUR wie in Italien sind allerdings ein Bächlein.** Jedenfalls im Vergleich zu dem deutsch-russischen Flussdelta, das sich ohne Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen auf tun würde.

Die deutsche Wirtschaft zahlt bis auf weiteres einen hohen Preis für eine Außenpolitik ihres Landes, die sich wirtschafts- und sicherheitspolitisch für eine **Frontbildung gegen Russland** vereinnahmen lässt. Das geschieht nicht nur **zu fremden und illusorischen, ja gefährlichen Zwecken.** Dass sich Deutschland im Gefolge der Ukraine Krise mit antirussischen Drohgebärden in Osteuropa gemein gemacht hat, widerspricht auch der Natur seiner Lage und seiner Interessen.

Deutschland hat kein Sicherheitsproblem mit Russland. Es kann sich dieses aber unnötigerweise einhandeln, wenn es mit falsch verstandener Bündnistreue zur NATO russische Nachbarstaaten animiert, Russland demütigen zu wollen. Hätte Moskau die Krim als bedeutendsten eisfreien Flottenstützpunkt seit mehr als 200 Jahren preisgeben können, damit dort künftig US-amerikanische Flugzeugträger und Schlachtschiffe in Schussweite zum Don ankern? Keine Großmacht wird sich freiwillig einer solchen Verwundbarkeit aussetzen. **Man stelle sich einmal vor, die USA sollte das von ihnen im 19. Jahrhundert annektierte Hawaii an einen neuen polynesischen Staat zurückgeben.**

Im Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 über seine volle Souveränität sagte das vereinte Deutschland zu, nach dem restlosen Abzug der russischen Streitkräfte keine fremden NATO-Einheiten in Ostdeutschland zu stationieren. Inzwischen steigen 1000 Kilometer nordostwärts deutsche Tornadokampffjets im Auftrag der Allianz mit voller Bewaffnung über dem finnischen Meerbusen vor St. Petersburg auf und nehmen Leopard 2

Kampfpanzer im baltisch-russischen Grenzgebiet Aufstellung. Welches Land würde sich da nicht um einen Vertrauensvorschuss betrogen und aktuell bedroht fühlen? Und **wofür macht sich Deutschland Russland dabei wieder zu seinem Feind? Damit Kleinststaaten (Lettland, Estland, Litauen), ein überdehntes Territorium in oligarchischen Händen (Ukraine) und nationalistische Scharfmacher (Polen) mit Russland außenpolitisch willfahren können.** Auf fremde Rechnung. Gänzlich grotesk wird Polen eine bewaffnete Nibelungentreue für 20 Prozent abgetrennten deutschen Staatsgebietes geschworen, die Polen von Deutschland unter völkerrechtswidriger Vertreibung einer Millionenbevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg einkassiert hat.

Geschichtslogisch und gleich der Energiepolitik **müssten die sicherheitspolitischen Vorzeichen im deutsch-russischen Verhältnis eigentlich genau umgekehrt sein:** Deutschland und Russland schließen als komplementäre geopolitische Partner eine Sicherheitsvereinbarung, mit der sie sich ihrer gegenseitigen Friedfertigkeit versichern. Auf diese Weise würde „Zwischeneuropa“ überwölbt, eingefasst und ja: diszipliniert. Das ist sein Schicksal seit Jahrhunderten. **Russland und Deutschland sind geborene Verbündete, um raumpolitische Kontrolle über Osteuropa auszuüben und es von zwei Seiten wirtschaftlich zu durchbluten.** Dagegen mit schwachstaatlicher Egozentrik aufzubegehren und anstelle der Anlehnung an beide Mächte Deutschland gegen Russland auszuspielen, schürt Unruhe und Konflikte.

Die deutsche Außenpolitik täte gut daran, sich nicht mit dem osteuropäischen Spaltpilz zu infizieren und seine eigene traumatische Erfahrung so zu deuten, der Versuchung einer Niederwerfung Russland auf alle Zeit zu widerstehen. Ohne sich selbst irgendetwas zu vergeben,

hat Deutschland nur Vorteile und große Gewinne auf seiner Seite, die Beziehung zu Russland von den Störungen Dritter freizuhalten. Nicht zuletzt der USA. Die haben sich seit ihrer kriegerischen Einmischung in die europäischen Angelegenheiten vor 100 Jahren um eine stabile europäische Friedensordnung nicht verdient gemacht. **Das Ergebnis US-amerikanischer Allianzpolitik in Europa war und ist Spaltung.** Führung über gleichgesinnte und schutzbefohlene Verbündete gegen Feinde des Ordnungsanspruchs der USA auszuüben, treibt die „greatest nation on earth“ um. Vorstellungen und Vorbilder eines Mächtegleichgewichts sind noch nie in die Europastrategie der Weltmacht eingegangen.

Umso notwendiger ist es, dass Europa im 21. Jahrhundert endlich wieder zu sich selbst kommt. Und zwar unter Einschluss Russlands. Sind denn **zwei Nuklearmächte** (Großbritannien, Frankreich) und **die größte Wirtschaftsmacht in Europa**, die allesamt nicht die Spur eines russischen Angriffs auf ihr Staatsgebiet zu gewärtigen haben, vielmehr als Partner begehrt werden, so verblendet, keinen **Ausgleich mit Russland in Sicherheitsfragen herbeiführen** zu können? Mitunter scheint der Blick der Regierungen in Berlin, Paris und London moralpolitisch dermaßen verstellt, den Maßstab für die Realitäten und die eigenen Bedürfnisse aus den Augen zu verlieren.

Über kleine Staaten müssen sich die Großen ins Benehmen und zuweilen hinweg setzen. Sonst werde sie benutzt und wie am Nasenring durch die internationale Arena geführt. **Dass Deutschland zumindest mit der Erdgaspipeline Nord Stream ein anderes Zeichen setzt und Russland energiepolitisch nicht aus Europa auskrist, wird ihm noch sehr zugute kommen.** Sofern der gegen vordergründige Bedenken durchgesetzte Gastransit nicht die Ausnahme von der

außenpolitischen Mutlosigkeit bleibt. Wer nicht wagt, kann keinen Champagner trinken, sagt ein russisches Sprichwort. Wasser hat Deutschland mit Russland lange genug getrunken.